

20.19

Abgeordneter Bernhard Themessl (FPÖ): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Frau Staatssekretärin! Meine Damen und Herren! Es geht hier unter anderem auch um die Einführung einer Tagesvignette auf der A 14 in Vorarlberg, und zwar korridorbeschränkt bis Hohenems, und aus diesem Grund – und nicht nur aus diesem Grund! – werden wir diesen Gesetzesvorschlag ablehnen. Ich habe im Verkehrsausschuss schon ausführlich begründet, warum und weshalb, nämlich: weil eine Verlagerung eines Problems nie und nimmer eine Lösung sein kann.

Kurz zur Verdeutlichung: Das Land Vorarlberg ist extrem klein, hat sage und schreibe 63,4 Kilometer Autobahn und hat noch zusätzlich den Vorteil, dass es im Vierländereck Deutschland, Schweiz, Liechtenstein und Österreich liegt. Wenn man hier einen Antrag machen will, der auch Sinn macht, dann müsste man diese Tagesvignette – da geht es ja nicht um eine Kostenbefreiung von der Vignette, sondern um eine Tagesvignette, die 2 € pro Durchfahrt kosten soll – auf das ganze Land ausdehnen. Das hätte den Vorteil, dass man alle Schweizer Grenzen damit bedienen kann, auch die Liechtensteinische Grenze, und dadurch nicht auch noch zusätzlich Verkehrsprobleme in der Region Kuppenberg oder im Bezirk Dornbirn verursacht, nur um sie in Bregenz geringfügig zu verbessern. Das macht so keinen Sinn.

Da Sie die Autofahrer sowieso Länge mal Breite enorm belasten – mit der Normverbrauchsabgabe, mit der motorbezogenen Versicherungssteuer, mit der Mineralölsteuer, die Sie dazu noch erhöht haben, zusätzlich mit der Autobahn-Vignette und zusätzlich noch mit einzelnen Mauten in diversen Tunnels, wenn man sie benützt – , habe ich hier noch zwei Anträge, um diese Situation zu verbessern. Sie haben in den letzten acht Jahren, seit 1999, die Finanzbelastung des Straßenverkehrs um sage und schreibe 65 Prozent erhöht, und um dem gegenzusteuern bringen wir folgende zwei Anträge ein:

Entschließungsantrag

der Abgeordneten Themessl, Kolleginnen und Kollegen betreffend Maßnahmen für mehr Wettbewerb zur Senkung des Benzinpreises

Der Nationalrat wolle beschließen:

Die Bundesregierung wird aufgefordert, umgehend die rechtlichen Grundlagen zu erarbeiten und dem Nationalrat vorzulegen, die sicherstellen, dass die gesetzlichen Erdölreserven der Republik Österreich um 800 Millionen Liter Treibstoff erhöht werden, die im Bedarfsfall zur Stützung des Benzinpreises und zur Belebung des Wettbewerbs

Stenograph/Schreibkraft: Rib/KI

bei überteuerten Marktsituationen beispielsweise über Wirtschaftshöfe der Gemeinden oder Diskonttankstellen zu Einstandspreisen abgegeben werden sollen. Darüber hinaus ist die Belastung der Arbeitnehmer durch Verdopplung der Pendlerpauschale abzufedern und durch eine entsprechende Reduktion der Mineralölsteuer den Autofahrern jene im Vergleich zum Budgetvoranschlag überschießenden Einnahmen rückzuerstatten, die der Finanzminister derzeit als „Körpergeld“ durch den unerwarteten Anstieg der Produktpreise erzielt.

Entschließungsantrag

der Abgeordneten Themessl, Kolleginnen und Kollegen betreffend Zweckwidmung der Mineralölsteuer

Der Nationalrat wolle beschließen:

„Der Bundesminister für Finanzen wird aufgefordert, ehestbaldig die rechtlichen Voraussetzungen zu schaffen und dafür Sorge zu tragen, dass so rasch wie möglich die Zweckwidmung der Mineralölsteuer für die Infrastruktur umgesetzt wird.“

Noch eine Anregung an meine Vorarlberger Kollegen hier im Nationalrat: Wenn Sie dem Land Vorarlberg und natürlich auch den angrenzenden Partnern in der Schweiz einen Gefallen tun wollen – ich habe extra keinen Abänderungsantrag eingebracht –, dann haben Sie jetzt noch die Möglichkeit, Ihren unsinnigen Antrag zu verbessern. – Danke. *(Beifall bei der FPÖ.)*

20.22

Präsidentin Dr. Eva Glawischnig-Piesczek: Die beiden von Abgeordnetem Themessl eingebrachten Entschließungsanträge sind ordnungsgemäß eingebracht, ausreichend unterstützt und stehen daher mit in Verhandlung.

Die beiden Anträge haben folgenden Gesamtwortlaut:

Entschließungsantrag

der Abgeordneten Themessl, Kolleginnen und Kollegen betreffend Maßnahmen für mehr Wettbewerb zur Senkung des Benzinpreises

eingebracht im Zuge der Debatte über den Bericht des Verkehrsausschusses über die Regierungsvorlage (217 d.B.): Bundesgesetz, mit dem das Bundesstraßen-Mautgesetz

Stenograph/Schreibkraft: Rib/KI

2002 und das ASFINAG-Gesetz geändert werden (239 d.B.), in der 35. Sitzung des Nationalrates am 17. Oktober 2007

Der Benzinpreis steigt von Rekordhoch zu Rekordhoch. Die Regierung hat bislang nichts unternommen, um diesem Anstieg in irgendeiner Form entgegenzuwirken und Vorkehrungen zu treffen, dass Wirtschaft und Arbeitnehmer dadurch Schaden nehmen.

Die unterfertigten Abgeordneten stellen daher folgenden

Entschließungsantrag

Der Nationalrat wolle beschließen:

Die Bundesregierung wird aufgefordert, umgehend die rechtlichen Grundlagen zu erarbeiten und dem Nationalrat vorzulegen, die sicherstellen, dass die gesetzlichen Erdölreserven der Republik Österreich um 800 Millionen Liter Treibstoff erhöht werden, die im Bedarfsfall zur Stützung des Benzinpreises und zur Belebung des Wettbewerbs bei überteuerten Marktsituationen beispielsweise über Wirtschaftshöfe der Gemeinden oder Diskonttankstellen zu Einstandspreisen abgegeben werden sollen. Darüber hinaus ist die Belastung der Arbeitnehmer durch Verdopplung der Pendlerpauschale abzufedern und durch eine entsprechende Reduktion der Mineralölsteuer den Autofahrern jene im Vergleich zum Budgetvoranschlag überschießenden Einnahmen rückzuerstatten, die der Finanzminister derzeit als „Körpergeld“ durch den unerwarteten Anstieg der Produktpreise erzielt.

Entschließungsantrag

der Abgeordneten Themessl, Kolleginnen und Kollegen betreffend Zweckwidmung der Mineralölsteuer

eingebraucht im Zuge der Debatte über den Bericht des Verkehrsausschusses über die Regierungsvorlage (217 d.B.): Bundesgesetz, mit dem das Bundesstraßen-Mautgesetz 2002 und das ASFINAG-Gesetz geändert werden (239 d.B.), in der 35. Sitzung des Nationalrates am 17. Oktober 2007

Die Mineralölsteuer ist eine mengenabhängige Verbrauchssteuer, die mit einem fixen Betrag pro Liter Mineralöl, Kraftstoff oder Heizöl auf den Nettopreis aufgeschlagen wird. Sie wurde zuletzt zum 1.7.2007 erhöht und beträgt seitdem 44,7 Cent pro Liter Benzin und 34,7 Cent pro Liter Diesel.

Die Mineralölsteuer zählt zu den wichtigsten gemeinschaftlichen Bundesabgaben. Mehr als die Hälfte davon wird vom Pkw-Verkehr aufgebracht. Die Mineralölsteuer war jahrzehntelang das wichtigste Finanzierungsinstrument für den Straßenbau und die Straßenerhaltung in Österreich. Die zweckgebundenen Einnahmen entsprachen ungefähr dem Straßenbaubudget. Im Jahr 1987 wurde diese Zweckbindung der Mineralölsteuer aufgehoben. Seither fließen diese Einnahmen in das allgemeine Bundesbudget.

Die Koalitionspartner haben eines ihrer Wahlversprechen schon vor Aufnahme der Regierungsarbeit gebrochen. Entgegen früherer Aussagen wurde die Mineralölsteuer (MöSt) erhöht und somit der Autofahrer einer weiteren finanziellen Belastung ausgesetzt.

Die Steuereinnahmen betragen 2006 bei der Mineralölsteuer 3,553 Mrd. EUR (2005: 3,565 Mrd. EUR). Diese sollten in die dringend notwendigen Sanierungen, Lückenschlüsse und Ausbauarbeiten investiert werden. Eine gute Infrastruktur stärkt den Wirtschaftsstandort. Der Verkehr wird enorm zunehmen und Berechnungen zum Beispiel für die Strecke Wien - St. Pölten ergeben, dass man von einer zusätzlichen Belastung bis 2015 von 50 % mehr PKW und 130 % mehr LKW ausgeht.

Die österreichischen Autofahrer zahlen mit rund 11,3 Milliarden Euro mehr als das Dreifache pro Jahr in das Bundesbudget ein, als für Straßenbau und Straßenerhaltung ausgegeben wird. Weiters ist zu bemerken, dass außerhalb des Bundeshaushaltes in der Konzernbilanz der Autobahnen- und Schnellstraßen-Finanzierungs-Aktiengesellschaft (ASFINAG) Verbindlichkeiten in Höhe von 10,164 Mrd. EUR ausgewiesen werden (Quellen: Geschäftsbericht des ASFINAG Konzerns 2006).

Die unterzeichneten Abgeordneten stellen daher den nachfolgenden

Entschließungsantrag

Der Nationalrat wolle beschließen:

„Der Bundesminister für Finanzen wird aufgefordert, ehestbaldig die rechtlichen Voraussetzungen zu schaffen und dafür Sorge zu tragen, dass so rasch wie möglich die Zweckwidmung der Mineralölsteuer für die Infrastruktur umgesetzt wird.“

Präsidentin Dr. Eva Glawischnig-Piesczek: Ich erteile als Nächstem Herrn Abgeordnetem Mag. Kukacka das Wort für 2 Minuten. – Bitte.

